

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

12. Sitzung

am Montag, dem 13. November 2000, 10:30 Uhr
in Nordschleswig

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD) Vorsitzender
Gisela Böhrk (SPD)
Arno Jahner (SPD)
Dr. Gabriele Kötschau (SPD)
Ulrike Rodust (SPD)
Claus Ehlers (CDU)
Klaus Klinckhamer (CDU)
Peter Lehnert (CDU)
Manfred Ritzek (CDU)
Joachim Behm (F.D.P.)
Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Hermann Benker (SPD)
Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Regionskontor der Region Schleswig/Sønderjylland	5
Leiter: Thede Boysen	
– Die Region Schleswig/Sønderjylland - Ziele, Organisation, deutsch-dänisches Regionsprofil	
– Grenzüberschreitende Zusammenarbeit - Bilanz der ersten Drei-Jahres-Periode/Perspektiven	
– Grenzpendler	
2. Bund deutscher Nordschleswiger Generalsekretariat	8
Generalsekretär Peter Iver Johannsen	
– Die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig - Organisation, Aktivitäten der Volksgruppe	
– Minderheitenpolitik auf europäischer Ebene	
Gesprächsteilnehmer:	
Hans Heinrich Hansen, Hauptvorsitzender des BdN	
Peter Iver Johannsen, Generalsekretär des BdN	
Harald Søndergaard, Vertreter der Schleswigschen Partei im Amtsrat	
Siegfried Matlok, Chefredakteur des Nordschleswiger, Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen	
Gösta Toft, Politischer Mitarbeiter der Schleswigschen Partei	

3. Sønderjyllands Erhvervs Center

11

Geschäftsführer Asmus Peter Asmussen

- Wirtschafts-, Währungs- und Beschäftigungspolitik
- INTERREG-Projekt „Kooperationsberatung für KMU“
Projektleiter: Sønderjyllands Erhvervs Center/Investitionsbank Schleswig-Holstein (Claus Nissen, Mitarbeiter im Euro-Info-Center)
- Auswertung des EXPO-Projektes „Kulturen, Sprachen, Minderheiten: Die deutsch-dänische Grenzregion - Beispiel einer Konfliktlösung“ (Uwe Jessen)
- deutsch-dänische Wirtschaftstage am 5. Oktober 2000 in Sonderburg, Campus der Universität
- grenzüberschreitende Kooperation mit der Nordseeakademie in Leck

(anschließend Pressegespräch)

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Regionskontor der Region Schleswig/Sønderjylland

Leiter: Thede Boysen

Herr Boysen, Leiter des Regionskontors der Euroregion Sønderjylland/Schleswig in Bov, informiert den Ausschuss über die Gründung, den Aufbau, die Arbeitsbereiche und die Organisation der Region. Dabei geht er unter anderem auf die Struktur des Regionalrates - dem höchsten Gremium der Region - mit seinen 42 Mitgliedern und den einzelnen Arbeitsgruppen näher ein. Er führt aus, die Arbeitsgruppen seien mit Fachleuten aus den entsprechenden Arbeitsbereichen besetzt. Zurzeit bestünden für folgende Themen Arbeitsgruppen, nämlich für Förderschifffahrt, Kultur und Tourismus, Landwirtschaft, Kindergarten, Frauen und Sprache und interkulturelle Verständigung.

Abg. Benker möchte wissen, warum es keine Arbeitsgruppe zu wirtschaftlichen Themen gebe. Dazu erklärt Herr Boysen, dass von Anfang an die Befürchtung auf dänischer Seite bestanden habe, dass durch die Schaffung des Regionalrates und der einzelnen Arbeitsgruppen ein Gremium geschaffen werde, das die Kompetenz des Amtes aushebele und es zu einer Aushöhlung der Kompetenz des Amtes kommen werde. Deshalb widme man sich in erster Linie den so genannten weichen Themen. Abg. Spoorendonk weist darauf hin, die Tatsache, dass es im wirtschaftlichen Bereich keine Arbeitsgruppe des Regionalrats gebe, bedeute nicht gleichzeitig, dass es auf diesem Gebiet keine Zusammenarbeit zwischen Sønderjyllandsamt und den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg gebe.

Auf die Frage von Abg. Böhrk, ob es regelmäßige Informationsbörsen gebe, bei denen über das, was in den Arbeitsgruppen stattfindet, informiert werde, antwortet Herr Boysen, dass man versucht habe, eine Datenbank einzurichten, in der alle Informationen über die Arbeit der Arbeitsgruppen aufgenommen werde. Dieses erfordere aber einen sehr hohen Aufwand, der vom Regionskontor im Moment so nicht geleistet werden könne. Deshalb halte er es für sinnvoll, die breite Information in der Öffentlichkeit auf Schwerpunkte zu konzentrieren.

Abg. Böhrk fragt, ob man die Region Sønderjylland/Schleswig mit der Øresund-Region vergleichen könne. Herr Boysen führt dazu aus, dass das Amt Sønderjylland die Øresund-Region kritisch beobachte. Dort werde mit erheblich größerem Ressourceneinsatz von staatlicher Seite aus gearbeitet.

Aber natürlich werde auch versucht, Parallelen herzustellen und eventuell Abläufe aus der Region zu kopieren. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Øresund-Region, eine Vernetzung von zwei großen Zentren, erhebliche Unterschiede zur Region Sønderjylland/Schleswig, einer eher ländlich geprägten Region, aufweise und von daher nur sehr schwer Vergleiche angestellt werden könnten. Wichtig sei es vielmehr, im Regionalrat der Region Sønderjylland/Schleswig kommunalpolitische Themen aufzugreifen, dies seien dann nicht die großen Themen, wie Wirtschaft und Hochschule, sondern zum Beispiel das Thema Kindergärten. Abg. Böhrk betont das gemeinsame Ziel der beiden Regionen, ein regionales Profil zu bilden, mit dem man in Europa bessere Chancen habe. Ihrem Eindruck nach sei die Akzeptanz der Bevölkerung in der Øresund-Region dazu höher. Herr Boysen sieht dagegen keinen großen Unterschied bei der Akzeptanz der Bevölkerung in den beiden angesprochenen Regionen. Er räumt aber ein, dass das Beispiel der Øresund-Region in der Region Sønderjylland/Schleswig den Druck erhöht habe, die pragmatische Zusammenarbeit mit stärkerem Ressourceneinsatz zu erhöhen. Dies habe sich zum Beispiel darin ausgedrückt, dass der Regionalrat beschlossen habe, neben den Arbeitsgruppen jetzt auch Ausschüsse einzurichten, die konkrete Themen bearbeiten sollten.

Abg. Dr. Kötschau und Abg. Jahner sprechen die Verbindung des Kontors zu den Büros der beiden Länder Deutschland und Dänemark in Brüssel sowie die europäische Ausrichtung der Arbeit in der Region an. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Boysen, dass von dänischer Seite gern unterstellt werde, es gehe nicht um die Zusammenarbeit der Kommunen, sondern das Regionskontor sei nur der verlängerte Arm der europäischen Bürokratie. In der Realität bestehe im Moment sozusagen eine Zusammenarbeit auf Abruf, die bei konkreten Fragen greife, aber ansonsten nicht institutionalisiert worden sei.

Im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Spoorendonk und Abg. Dr. Kötschau zur Größe des Regionalrates weist Herr Boysen darauf hin, dass die Größe auch im Zuge der Überprüfung der Struktur der Regionsorganisation diskutiert worden sei, aber die Deutschen bei der jetzigen Größe bleiben wollten, da sie ihre vielfältigen Verwaltungsebenen im Regionalrat repräsentiert haben wollten. Die dänische Seite sei dagegen der Auffassung, dass es auch zu einer kleineren Zusammensetzung kommen könne. Er merkt weiter an, dass die jetzige Größe mit 42 Mitgliedern des Regionalrates zulasten des persönlichen Kennenlernens gehe, aber die deutsche Seite weiter auf die repräsentative Vertretung aller deutschen Kommunalebene bestehe. Abg. Ritzek hebt dagegen positiv hervor, dass bei einer größeren Anzahl von Mitgliedern natürlich auch die Zahl der Multiplikatoren sehr hoch sei, und so die Akzeptanz des Regionalrates erhöht werde.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Kötschau zur grenzüberschreitenden Landwirtschaftsberatung antwortet Herr Boysen dahin gehend, dass zurzeit versucht werde, ein Austauschprogramm für die Landwirtschaftsberatung zu erstellen. Dabei befinde man sich aber noch in der Anfangsphase.

Zu einer weiteren Frage von Abg. Dr. Kötschau, ob das Kontor auch eine Beratung im Hinblick auf konkrete Projekte der EU durchführe, führt Herr Boysen aus, das Büro versuche, so gut wie möglich zu beraten und pflege engen Kontakt zum INTERREG-Sekretariat in Apenrade.

Herr Boysen informiert weiter darüber, dass vor kurzem beschlossen worden sei, ab 2001 im Regionskontor Beratungen für Grenzpendler durchzuführen. Geplant sei die Einführung eines festen Termins, an dem ein dänischer und ein deutscher Berater, jeweils mit einem Internetanschluss ausgerüstet, die Beratung durchführen sollten.

Frau Olsen, Mitarbeiterin im Regionskontor, berichtet sodann - anknüpfend an eine Frage von Abg. Ehlers - über eine Fortbildungsveranstaltung für deutsche und dänische Polizisten, bei der gleichzeitig die deutschen Polizisten in dänisch und die dänischen Polizisten in deutsch unterrichtet worden seien.

Abg. Steenblock spricht abschließend die Nordseekooperation an, die von Schleswig-Holstein in der letzten Zeit neu entdeckt worden sei und fragt, ob dies auch Thema in der Region sei. Herr Boysen erklärt, dass die Zusammenarbeit bisher noch keinen großen Stellenwert habe. Man sei aber bemüht, einen Ausgleich zu der doch vorherrschenden „Ostseelastigkeit“ herzustellen. Konkrete Projekte gebe es dazu bislang allerdings nicht.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bund deutscher Nordschleswiger, Generalsekretariat

Generalsekretär Peter Iver Johannsen

Herr Hansen, Hauptvorsitzender des Bund deutscher Nordschleswiger, begrüßt den Ausschuss im Generalsekretariat des BdN in Apenrade und stellt die Aktivitäten und die Organisation des Bundes vor. Er hebt besonders die politische Abteilung hervor, die einen Ersatz für eine fehlende Vertretung der Minderheit im Dänischen Folketing darstelle. Der Bund deutscher Nordschleswiger habe deshalb Zugang zu den Ausschussprotokollen und könne daher auch Einfluss auf die Diskussion und die Arbeit in den Ausschüssen des Folketing nehmen. Herr Hansen bezeichnet diese Arbeit des Bundes als sehr erfolgreich und als beispielhaftes Modell für andere Länder, um ihre Minderheiten politisch einzubinden.

Er spricht unter anderem weiter die Kürzungen des Etats des BdN an und erklärt dazu, dass man zwar durchaus Verständnis für die schwierige Finanzsituation der deutschen Regierung habe, nun aber eine Grenze erreicht sei, wo der Bund befürchte, als Bittsteller auftreten zu müssen. Das Dilemma der Minderheiten sei - so Herr Hansen weiter - immer das Gefühl der Minderwertigkeit. Deshalb müsse eine Mehrheitsbevölkerung aufpassen, dass sie nicht in die Rolle des Wohltäters ver falle. Insofern bedeute eine Kürzung für die deutsche Minderheit in Dänemark - vor allem auch unter dem genannten psychologischen Aspekt - sehr viel, denn sie empfinde sich als Transformator und Diplomat für die Deutschen in Dänemark und als Träger zweier Kulturen.

Herr Hansen berichtet weiter, dass die Deutschen in Dänemark noch immer Vorbehalten begegnen, die historisch gewachsen seien. Deutschland sei nach wie vor das große Volk im Süden und nicht so ein sympathisches kleines Volk wie die Dänen.

Er führt abschließend aus, auf internationaler Ebene sei der BdN in der Föderalistenunion föderalistischer Volksgruppen als Mitglied engagiert. In der Organisation seien 70 Minderheiten vertreten, die alle demokratisch aufgebaut seien. Als wichtigste Aufgabe empfinde die Union, die Minderheiten davon zu überzeugen, dass sie in dem Land bleiben, wo sie sind. Minderheitenarbeit bedeute also in erster Linie, dazu beizutragen, dass die Minderheiten so viel Unterstützung bekommen, dass sie dort bleiben könnten, wo sie sind. Von daher sei die Arbeit immens wichtig und müsse auch mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.

Herr Matlok, Chefredakteur des „Nordschleswiger“ und Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen, referiert über die dänische Volksabstimmung zur Einführung des Euro am 28. September 2000. Das „Nein“ der dänischen Bevölkerung habe aus seiner Sicht zu einer Schwächung der Position Dänemarks in der EU geführt, da dieses zukünftig nur noch sehr defensiv seine Stimme erheben könne. Im Übrigen sei das „Nein“ der Bevölkerung keine Aussage von Links- oder Rechtsextremisten gewesen, sondern spiegele mit fast 53 % der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von fast 90 % die Meinung des großen Teils der dänischen Bevölkerung wider.

Als Ursachen für diese Stimmung nennt Herr Matlok unter anderem die Angst der Dänen, ihren Nationalstaat und damit den Wohlfahrtsstaat zu verlieren. Letztendlich sei es also eine kulturpolitische Entscheidung der Dänen gewesen. Daneben - so Herr Matlok weiter - habe die dänische Regierung auch erhebliche handwerkliche Fehler in der Zeit vor der Wahl gemacht. So sei der Bevölkerung immer erzählt worden, bei der Abstimmung handele es sich lediglich um eine technische Frage, politische Aspekte seien einfach verharmlost oder verneint worden. Herr Matlok berichtet, auch erhebliche Teile der deutschen Minderheit, die früher eher 250-prozentig europäisch eingestellt gewesen sei, hätten bei der Abstimmung für ein „Nein“ gestimmt.

Er resümiert, die Entscheidung des dänischen Volkes sei keine Entscheidung gegen Deutschland oder Maastricht gewesen, sondern eine Bitte der dänischen Bevölkerung an ihre Regierung, auf das Volk zu hören und seinen Willen zu respektieren.

In der anschließenden Diskussion merkt unter anderem Abg. Spoorendonk an, dass nicht nur die Wahlbeteiligung mit fast 90 % bei der Abstimmung besonders hoch gewesen sei, sondern auch in einer Umfrage festgestellt worden sei, dass die dänische Bevölkerung zu einer der bestorientiertesten in Bezug auf Fragen der EU-Politik gehöre. Von daher müsse man positiv hervorheben, dass die Wahl zu einer Stärkung der Demokratie und der Diskussion geführt habe.

Herr Toft, Politischer Mitarbeiter der Schleswigschen Partei, zeigt in einem kurzen Beitrag die Probleme von Grenzpendlern auf. Er weist zunächst darauf hin, dass es zwar immer wieder heiße, im Rahmen der Harmonisierung sei schon so viel geschafft worden, dass es nun eigentlich nur noch darum gehen könne, die Vorbehalte in den Köpfen der Menschen zu beseitigen, in der Realität habe sich die Nordschleswigsche Partei bei ihrer Beratung aber vor allem mit den kleinen Widrigkeiten des Alltags auseinander zu setzen, die es immer noch gebe. Beispielhaft nennt er Probleme bei der Sozialversicherung, der Krankenversicherung und der Steuer, zum Beispiel durch die Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens.

Herr Søndergaard, Vertreter der Schleswigschen Partei im Amtsrat, geht in seinem Beitrag zum Thema „Minderheitenpolitik auf europäischer Ebene“ kurz auf die Gründung des Regionalrates Søn-

derjylland/Schleswig ein und zählt dann als Arbeitsschwerpunkte der Schleswigschen Partei die Themen Grenzpendler, Verstärkung der Kooperation zwischen Krankenhäusern dies- und jenseits der Grenze, bessere Koordinierung des Zug- und Busverkehrs in der Region und die Wirtschaftskooperation, zum Beispiel im Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung eines BMW-Werkes, in der Region auf.

In der folgenden Aussprache nimmt Abg. Böhrk auf die Minderheitenpolitik in der Europäischen Union Bezug und betont, dass zwar ein gewisser Standard an Minderheitenrechten und Minderheitenpolitik Aufnahmevoraussetzung neuer Staaten in die EU sei. Dies könne aber nicht ein Kriterium unter vielen sein, sondern müsse ein besonders wesentliches sein. In einem Europa, in dem der Nationalstaatlichkeit eine immer geringere Bedeutung zukomme, müssten die Minderheitenfragen sehr gut gelöst sein.

Herr Hansen bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass im Entwurf der Grundrechtcharta der Europäischen Union kein Minderheitenpassus enthalten sei. Dies sei besonders schade, da nicht nur die neuen Mitglieder der Europäischen Union noch viel Nachholbedarf in Minderheitenfragen aufwiesen, sondern auch ältere Mitglieder in den Anforderungen zum Teil noch erheblich hinterher hinkten.

Abg. Spoorendonk unterstützt die Auffassung von Herrn Hansen und erklärt abschließend, dass es natürlich ein riesiges Problem sein, von den beitrittswilligen Ländern zu erwarten, ihre Minderheitenfragen zu klären, bei den Mitgliedsländern dann aber diese Standards nicht mehr abfordert würden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sønderjyllands Erhvers Center

Geschäftsführer Asmus Peter Asmussen

Herr Asmussen, Geschäftsführer des Sønderjyllands Erhvers Center in Apenrade, informiert den Ausschuss über die Organisation des Erhvers Centers als eher unkonventionelle Wirtschaftsförderungseinrichtung, seine Gründung, die Arbeit und einzelne Projekte des Centers.

Dabei führt er unter anderem aus, dass die Aufgabe des Zentrums in erster Linie darin bestehe, die verschiedenen Wirtschaftsförderinstitutionen zu koordinieren. Es biete Service- und Beratungsleistungen an. Insgesamt sei das Aufgabengebiet mit dem der ttz in Schleswig-Holstein oder der Wirtschaftsförderung der Kreise in Deutschland vergleichbar. Daneben erfülle man auch Dienstleistungen, wie zum Beispiel die Erstellung von Gutachten, und versuche, die regionale Entwicklung voranzutreiben. Schwerpunkte der Arbeit bildeten die Bereiche Finanzen, Tourismus, internationales Marketing, Technologie, Innovation und EU-Fördermittel.

Zur Finanzierung der Arbeit des Erhvers Center führt Herr Asmussen abschließend aus, dass zwei Drittel der Aktivitäten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft durch Fremdmittel und nur ein Drittel mit Mitteln aus der öffentlichen Hand finanziert werde.

Herr Nissen, Mitarbeiter im Euro-Info-Center der Einrichtung, berichtet sodann über seine Tätigkeit bei der Beratung kleinerer und mittlerer Unternehmen in Bezug auf grenzüberschreitende Kooperationswünsche und die Förderung über EU-Mittel. Von dieser Beratung hätten in den letzten drei Jahren 635 Unternehmen nördlich und südlich der Grenze Gebrauch gemacht, bis heute seien - abgesehen von GA-Mitteln und den so genannten Ziel-5b-Mitteln - 875.000 Euro für Unternehmen und Organisationen durch die Direktberatung gesichert worden. Angestrebt werde - so Herr Nissen weiter -, die Kooperation noch weiter auszubauen, um das Zusammenwachsen zu einer Wirtschaftsregion zu erreichen. Dazu diene zum Beispiel auch die im Internet unter der Adresse „www.sjec.dk“ installierte Kontaktbörse für Unternehmen.

Herr Nissen berichtet weiter, dass die Beratung nicht nur für Unternehmen aus der Region, sondern auch für andere Unternehmen aus Deutschland und Dänemark angeboten werde. Das gelte allerdings nur dann, wenn die Tochtergesellschaften, die eventuell gegründet würden, sich dann in dem Kooperationsbereich Sønderjylland/Schleswig ansiedelten. Er habe die Erfahrung gemacht, was für den Raum des nördlichen Schleswig-Holstein gut sein, zum Beispiel die Ansiedlung eines neuen Unter-

nehmens, sei dann auch für das südliche Dänemark gut. Es fördere dort die Kaufkraft, die Potenziale des Raums und die weitere Neuansiedlung von Unternehmen. Von daher sei es egal, wo sich ein Unternehmen ansiedle, Hauptsache es bleibe innerhalb der Region.

Abg. Ritzek merkt an, dass es für die Kommune nicht egal sein könne, ob sich ein Unternehmen bei ihnen oder in der Nachbargemeinde ansiedle, da die Gewerbesteuer für ein Unternehmen nicht unerheblich sei.

Frau Radüchel, Praktikantin im Erhvers Center, stellt dem Ausschuss das Projekt und die Planung sowie Durchführung der Kontaktbörse am 5. Oktober 2000 im Rahmen des deutsch-dänischen Wirtschaftstages vor, bei der grenzüberschreitende Kontakte für deutsche und dänische Unternehmen geknüpft sowie eine Jobbörse für Studenten und Absolventen beider Länder durchgeführt worden seien (siehe Anlage). Dieses erfolgreich durchgeführte Projekt solle nächstes Jahr wiederholt werden. In der Zwischenzeit biete das Erhvers Center im Internet eine virtuelle Kontaktbörse an, die jedem offen stehe.

Zum Schluss nimmt Herr Jessen, Mitarbeiter des Erhvers Center, eine Auswertung des EXPO-Projektes „Kulturen, Sprachen, Minderheiten: Die deutsch-dänische Grenzregion“ vor. Er stellt kurz die unterschiedlichen Aktionen vor und weist darauf hin, dass nähere Informationen zu den einzelnen Projekten im Internet unter der Adresse „www.region.dk“ nachzulesen sind.

In seinem Vortrag hebt er besonders die Einrichtung der „Electronic map“ hervor, auf der 91 Minderheiten in ganz Europa vorgestellt würden. Auch nach Ende der EXPO werde man versuchen, die Datenbank weiter auszubauen, um eine Anlaufstelle und ein Forum für Minderheiten im Internet zu bieten. Damit sei die Einrichtung des „Electronic map“ ein besonders gutes Beispiel für eine Nachhaltigkeit, die Grundvoraussetzung für die diesjährigen EXPO-Projekte gewesen sei. Als weitere Projekte für die Zukunft nennt er einen Film über Minderheiten, der in Zusammenarbeit mit dem dänischen Filminstitut gedreht werden soll, und die Ausrichtung eines „Ostsee Festivals“.

Herr Asmussen eröffnet die anschließende Aussprache mit dem Hinweis darauf, dass in Dänemark in Zukunft mit einer großen Reformen der Gebietskörperschaften gerechnet werden könne. Von daher müsse man sich Gedanken darüber machen, wie sich die Kooperation mit Schleswig-Holstein in Zukunft entwickeln solle. Das Erhvers Center habe sich deshalb überlegt, wie es die nächsten fünf Jahre nutzen könne, um die Zusammenarbeit noch stärker auszubauen und eine feste Wirtschaftsregion einzurichten, die dann auch ohne große Förderung weiter bestehen könne. Im Folgenden stellt Herr Asmussen die „deutsch-polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft“ vor, die zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen und der Republik Polen bestehe. Diese sei vor allem im Bereich der Firmenkooperation sehr erfolgreich. Er erklärt weiter, er kön-

ne sich vorstellen, dass in Zukunft nach diesem Modell auch in der Grenzregion Sønderjylland/Schleswig eine engere Zusammenarbeit eingerichtet werden könne. Dabei dürfe man natürlich nicht in Konkurrenz zu bestehenden Einrichtungen treten, sondern müsse versuchen, deren Angebote zu ergänzen. Herr Asmussen kündigt an, dem Ausschuss zu dem Projekt „deutsch-polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft“ weiteres Material zur Verfügung zu stellen und verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Internetadresse „www.twg.pl“. Er fordert die Mitglieder des Ausschusses auf, sich mit dieser Idee zu beschäftigen.

Abg. Rodust merkt an, dass der Ausschuss in diesem Fall sicher nur eine Moderatorenrolle übernehmen könne. Sie bitte aber um mehr Informationen über das angesprochene Projekt. Der Vorsitzende bietet an, ein Gespräch zwischen dem Erhvers Center und M Rohwer zu vermitteln, in dem dann über eine solche verstärkte Zusammenarbeit gesprochen werden könne. Herr Asmussen nimmt dieses Angebot dankend an und schließt mit dem Wunsch, weiter mit dem Europaausschuss im Gespräch zu bleiben.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Rolf Fischer

Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder

Geschäfts- und Protokollführerin